

Beschluss des Parteirats zur Situation in der Ukraine

- 1) Mit großer Sorge verfolgen wir die aktuellen Entwicklungen in der Ostukraine. Die Gefahr einer weiteren gewaltsamen Eskalation und einer militärischen Auseinandersetzung steigen. Es kann nur eine friedliche Lösung in diesem Konflikt geben. Es darf nicht zu einer militärischen Eskalation kommen. Daher verbieten sich alle militärischen Lösungen kategorisch. Oberste Priorität muss sein, dass alle beteiligten Seiten akut zur Deeskalation beitragen und dafür sorgen, dass am 25. Mai faire und demokratische Präsidentschaftswahlen in der gesamten Ukraine stattfinden können. Im Rahmen von Parlamentswahlen sollen alle Ukrainerrinnen und Ukrainer zudem über ihre Zukunft souverän und selbstbestimmt entscheiden können.
- 2) Wir unterstützen einen demokratischen Verfassungsprozess und die Stärkung der inneren Struktur der Ukraine. Wir begrüßen die Vorhaben der Übergangsregierung, auf einen nationalen Dialog zur Vertrauensbildung und Aussöhnung innerhalb der Ukraine zu setzen. Die Voraussetzung für eine souveräne und demokratische Ukraine ist, sie wirtschaftlich zu stabilisieren, den Rechtsstaat zu stärken und Korruption zu bekämpfen.
- 3) Die Vereinbarungen von Genf müssen daher von allen Beteiligten konsequent umgesetzt werden. Dazu muss Russland endlich seiner Verantwortung gerecht werden, sich von den Gewalt ausübenden Separatisten distanzieren, ihre Entwaffnung schleunigst unterstützen und die Räumung von Verwaltungsgebäuden einfordern und provozierende militärische Manöver und Truppenaufmärsche an der ukrainischen Grenze unterlassen.
- 4) Die ukrainische Übergangsregierung sollte ihre Bemühungen verstärken, den rechten Sektor zu entwaffnen und ihrerseits für eine Deeskalation in der Ostukraine zu sorgen. Insbesondere die Scharfschützenangriffe auf dem Maidan müssen vollständig aufgeklärt werden, um Vertrauen aufzubauen.
- 5) Die OSZE-Mission muss deutlich gestärkt werden und freien, sicheren Zugang im gesamten Gebiet der Ukraine haben. Sie muss in der Lage sein, durch Vermittlung zur Deeskalation der Spannungen beizutragen. Die OSZE-Beobachter, die von den Separatisten als Geiseln gehalten werden, müssen umgehend freigelassen werden.
- 6) Die Europäische Union muss weiterhin auf Diplomatie und Verhandlungen setzen. Dabei unterstützen wir weiter den kriteriengeleiteten Sanktionsplan der EU. Die internationale Gemeinschaft muss in diesem Sinn entschlossen vorgehen, aber alles unterlassen, was als militärische Drohgebärde oder militärische Eskalation verstanden werden kann.
- 7) Wir fordern den konsequenten Stopp aller Rüstungsexporte der Bundesrepublik nach Russland. Erfolgte Genehmigungen für Rüstungsexporte nach Russland sollen widerrufen werden. Zudem soll sich die Bundesregierung für ein europäisches Waffenembargo starkmachen.

- 8) Zugleich fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Möglichkeiten im Rahmen des Außenwirtschaftsgesetzes zu nutzen, um Geschäftsvorhaben wie den Kauf der RWE-Tochter DEA oder die Übernahme des Erdgasspeichers in Rehden durch Gazprom zu stoppen. Die deutsche und europäische Energiesicherheit darf nicht gefährdet werden, indem sich russische Staatsunternehmen zunehmend strategischen Einfluss sichern.
- 9) Eine Europäische Energieunion kann ein Weg sein, Energiesicherheit und -solidarität auf dem europäischen Kontinent zu stärken. Eine Energieunion muss auf erneuerbare Energien, Effizienz und Energieeinsparung setzen statt auf Kohle und Atom und so Klimaschutz voranbringen.
- 10) Die NATO rufen wir dazu auf, ihrerseits keine Schritte zu unternehmen, welche die Gefahr einer militärischen Eskalation verstärken. Ungeachtet davon bleibt die Bündnissolidarität mit den osteuropäischen Mitgliedstaaten. Ein NATO-Beitritt der Ukraine ist keine Option. Auch wenn ein EU-Beitritt derzeit kein Thema ist, verschließen wir keine Türen in die Europäische Union, wenn sich die Ukrainerinnen und Ukrainer für eine Mitgliedschaft entscheiden.
- 11) Der Austausch von Ukrainerinnen und Ukrainern mit Europa muss gefördert werden. Wir wollen, wie für Moldau, eine schnelle Visumsfreiheit für die Ukraine und eine Verstärkung von Programmen, wie Studentenaustausch und Städtepartnerschaften.